

IV.3 Der Einfluß der Innenpolitik auf die Außenpolitik

Das folgende Kapitel befaßt sich mit innenpolitischen Faktoren, die die außenpolitische Konzeption der Bundesrepublik im Nahostkonflikt zum Teil maßgeblich beeinflusst haben und versucht anhand des Alleinvertretungsanspruches, des „Vergangenheitsfaktors“ (im Hinblick auf das deutsch-israelische Verhältnis) und der „Öffentliche Meinung und den Medien“ herauszuarbeiten, wie die innenpolitischen Verhältnisse in der Bundesrepublik der 60er Jahre die Beziehungen zu den arabischen Staaten beeinflussten.

IV.3.1 Der Alleinvertretungsanspruch

Allgemeine Diskussionen um den Alleinvertretungsanspruch und die Frage wie man diesen mit Unterstützung der westlichen Verbündeten weiter entwickeln könnte, wurden im Auswärtigen Amt Anfang Januar 1965 geführt⁴⁰⁸. Aus einer Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens geht hervor, daß man den Westmächten den Vorschlag unterbreiten wollte, mit den früheren Kriegsgegnern des Deutschen Reiches Teilabkommen über bislang unregelte Fragen wie die künftigen deutschen Grenzen und Wiedergutmachungsleistungen abzuschließen und gleichzeitig Verhandlungen mit den vier Mächten über die Wiedervereinigung Deutschlands aufzunehmen. Carstens erwähnt, daß die Bundesregierung ihren Alleinvertretungsanspruch weit über den bisherigen Umfang ausdehnen und erstmalig bereit sein würde, Vereinbarungen über Grenzfragen zu treffen. Die Bundesregierung sei bereit, für die Wiedervereinigung Opfer, wie einen Verzicht auf ehemals deutsche Gebiete, zu bringen⁴⁰⁹.

Am 26. Januar 1965 schickte der deutsche Botschafter in Kairo, Federer, ein Fernschreiben an Staatssekretär Carstens, in dem er mitteilte, daß er den Eindruck habe, daß die ägyptische Regierung den Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR unterschätze und daher nur mit einem formalen Protest der Bundesregierung rechne. Er sehe daher nur zwei Möglichkeiten der Reaktion. Entweder wende man als Konsequenz auf den Ulbricht-Besuch die Hallstein-Doktrin an, oder die Bundesrepublik erkläre, daß sie bereit sei, im Falle der Absage der Einladung an Ulbricht einen sogenannten „package deal“ anzubieten. Dieser „package deal“ war erstmals von Bundestagspräsident Gerstenmaier im Dezember 1964 nach seiner

⁴⁰⁸ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 3. „Gespräch zwischen Schröder und McGhee“, S. 13-21.

⁴⁰⁹ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 4. „Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens“, S. 25.

Ägypten-Reise vorgeschlagen worden. Im Zentrum stand zum einen die Einstellung der Waffenlieferungen an Israel und zum anderen die Klärung der Frage auf diplomatischem Wege, welches Maß an Normalisierung der deutsch-israelischen Beziehungen von arabischer Seite ohne Gefährdung des Alleinvertretungsanspruches hingenommen werden könnte. Federer hob in seinem Fernschreiben hervor, daß, wenn es gelingen sollte, diesen „package deal“ durchzusetzen, auch die Hallstein-Doktrin für einen weiteren Abschnitt gesichert wäre. Zudem wäre zugleich auch das Verhältnis zu Ägypten frei von Verdächtigungen und Erpressungen auf eine neue Grundlage gestellt⁴¹⁰.

Am 1. Februar 1965 traf Botschafter Federer mit Nasser zu einem Gespräch zusammen, in dem Nasser ihm erklärte, daß der Staatsratsvorsitzende der DDR, Ulbricht, am 24. Februar 1965 nach Kairo kommen werde. Als Federer auf mögliche Folgen dieses Besuches bezüglich der Hallstein-Doktrin hinwies, entgegnete Nasser, daß die Bundesrepublik nicht nur Waffen an Israel geliefert habe, sondern Israel auch wirtschaftlich unterstütze. Dieses habe ihn nun veranlaßt, dem jahrelangen Drängen Ulbrichts, ihn nach Kairo einzuladen, nachzugeben. Außerdem behielt Nasser sich eine spätere Anerkennung der DDR vor, wenn die Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel fortgesetzt werden würden. Federer bestritt, daß die Bundesregierung einseitig für Israel Partei ergriffen habe, und betonte sie habe im gleichen Maße die arabischen Anliegen im Auge gehabt. Federer zog jedoch aus dem Gespräch den Schluß, daß Nasser bereits „fest gebunden“ war und vermutete, daß dieses mit dem Aufenthalt des stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Scheljepin vom 18. bis zum 29. Dezember 1964 in Kairo zu tun hatte⁴¹¹.

Nach Abschluß des Gespräches zwischen Federer und Nasser am 2. Februar 1965 wurde mit einer Absage oder Verschiebung des Ulbricht-Besuchs nicht mehr gerechnet. Ministerialdirektor Krapf im Auswärtigen Amt riet davon ab, mit dem Abbruch der Beziehungen zu den arabischen Staaten oder der Aufnahme der Beziehungen zu Israel zu reagieren. Vielmehr sollte die sofortige Einstellung der Waffenlieferungen an Israel vorgenommen werden, um somit Nasser die Anerkennung der DDR zu erschweren⁴¹².

Hans Schirmer berichtete am 2. Februar 1965, daß er vom Geschäftsträger der ägyptischen Botschaft in Bonn, Mohamed Abd El Karim, aufgesucht worden sei, der seine Bestürzung zum Ausdruck gebracht habe, daß die Einladung Ulbrichts in

⁴¹⁰ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 38. „Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens“, S. 192-194.

⁴¹¹ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 48. „Botschafter Federer, Kairo, an das Auswärtige Amt“, S. 227-230.

⁴¹² Vgl. AAPD, 1965, Dok. 52. „Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf“, S. 241-243.

der Bundesrepublik so ernst genommen werde. Schirmer wies auf die Bedeutung des Ulbricht-Besuchs für die Deutschen hin. Karim entgegnete, daß Ägypten nicht mehr länger mit der Einladung an Ulbricht warten könne und sich außerdem auf einen bewaffneten Konflikt mit Israel einstellen müsse. Er machte die Bundesrepublik darauf aufmerksam, daß sie mit den Waffenlieferungen an Israel gegen ihre eigenen Interessen gehandelt habe, da einer Anerkennung der DDR durch Ägypten innerhalb eines Monats 30 Staaten folgen würden. Karim beendete das Gespräch mit der Aufforderung, umgehend die Waffenlieferungen einzustellen, da Präsident Nasser monatelang auf eine deutsche Klarstellung hinsichtlich des Abschlusses der Waffenlieferungen gewartet habe. Nur so könnte eine „äußerst gefährliche politische Entwicklung“ verhindert werden⁴¹³.

Auch die deutsche Botschaft in Kairo stimmte mit der Art, wie die Bundesregierung auf den Ulbricht-Besuch reagierte, nicht überein. Ihrer Auffassung nach hätte man den Besuch als einen „unfreundlicher Akt“ passieren lassen sollen, um damit weitere Eskalationen zu verhindern⁴¹⁴. Botschafter Federer betonte, daß Nasser während der Kairoer Konferenz der blockfreien Staaten am 14. Oktober 1964 alles unterlassen hatte, um die Deutschlandpolitik zu gefährden⁴¹⁵. Auch stimmte die Kairoer Botschaft der von Bonn zunächst geäußerten Auffassung, daß Nasser die Einladung Ulbrichts rückgängig machen würde, nicht zu⁴¹⁶. Bonner Entscheidungsträger unterschätzten, daß Nasser damit vor den anderen arabischen Staaten sein „Gesicht verlieren“ könnte.

Bald erkannte Bonn den Umfang der Krise aufgrund der Einbeziehungen des Alleinvertretungsanspruches, der weiterhin im Vordergrund der Außenpolitik stand. Am 6. Februar 1965 informierte der deutsche Botschafter in Washington, Knappstein, das Auswärtige Amt, daß er das US-Außenministerium über die Einstellung der Waffenlieferungen an Israel informiert und hervorgehoben habe, daß für die Bundesrepublik der Alleinvertretungsanspruch auf dem Spiel stehe, dem alle anderen außenpolitischen Prioritäten untergeordnet werden müßten⁴¹⁷.

Nach Abschluß des Ulbricht-Besuches in Kairo, der nicht in einer Anerkennung der DDR resultierte, empfahl Walter Hallstein, der inzwischen Präsident der EWG-Kommission geworden war, dem CDU-Vorsitzenden Konrad Adenauer in einem Telefongespräch, den Staatsbesuch als eine de jure Anerkennung zu be-

⁴¹³ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 51. „Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer“, S. 239-241.

⁴¹⁴ Interview mit Heinz Fiedler, Botschafter a.D. am 7.4.2000.

⁴¹⁵ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 1. „Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amtes“, S. 3.

⁴¹⁶ Interview mit Heinz Fiedler, Botschafter a.D. am 7.4.2000.

⁴¹⁷ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 5., „Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt“, S. 260-262.

zeichnen und daher den Abbruch der Beziehungen durchzusetzen. Daraufhin empfahl Adenauer Erhard mit der Anwendung der Hallstein-Doktrin zu reagieren⁴¹⁸, um zu verhindern, daß Deutschland im Ausland an Ansehen verlöre⁴¹⁹.

Staatssekretär Carstens zählte hingegen im Rahmen der Debatte um die Deutschlandpolitik die Schwächen der Isolierungspolitik gegenüber der DDR auf. Carstens war der Auffassung, daß die allgemeine Entspannungspolitik in der Welt schwer mit der bisherigen Linie in der Deutschlandpolitik zu vereinbaren sei. Daher schlug er vor, die Situation mit Hilfe von Entwicklungshilfegeldern in den Griff zu bekommen. Der Leiter des außenpolitischen Büros im Kanzleramt, Horst Osterheld, hingegen hoffte auf die Durchsetzung seiner Auffassung und versuchte den Mitarbeiter des Kanzleramtes Hans Neusel und Sonderminister Ludger Westrick vom Abbruch der Beziehungen mit Ägypten zu überzeugen⁴²⁰.

Im Unterschied zum Bundeskanzler bewertete Außenminister Schröder rückwirkend den Ulbricht-Besuch nicht als Staatsbesuch, sondern nur als einen sehr „auffälligen“ Besuch, da es nicht zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Ägypten und der DDR gekommen sei. Schröder wollte es daher eher bei der Einstellung der Wirtschaftshilfe belassen und sprach sich gänzlich gegen den Abbruch der Beziehungen aus⁴²¹.

In einem Gespräch zwischen Bundesaußenminister Schröder und dem ägyptischen Botschafter in Bonn, Gamal Mansour, am 13. Februar 1965 hob der Botschafter hervor, daß er die Politik der Wiedervereinigung eines geteilten Deutschland befürworte und das Problem der deutschen Teilung sehr gut verstehe, da es auch in Palästina eine Mauer gäbe, welche die arabische Nation teile. Mansour fügte hinzu, daß so, wie die Bundesregierung die Existenz der DDR nicht anerkenne, auch Ägypten die Existenz Israels nicht anerkennen würde. Mansour rechtfertigte die ägyptische Haltung als eine Reaktion auf die Waffenlieferungen an Israel, die, wie er sagte, für Ägypten eine Frage von Leben und Tod bedeuteten. Schröder rechtfertigte sich mit der Gewissensschuld, die man gegenüber den Juden empfinde, doch Mansour entgegnete, daß hierfür die arabischen Staaten nicht den Preis zahlen sollten. Bezüglich der Waffenlieferungen äußerte Schröder, daß noch

⁴¹⁸ Vgl. Booz, 1994, S. 83.

⁴¹⁹ Vgl. Abediseid, 1976, S. 174-175.

⁴²⁰ Vgl. Osterheld, 1992, S. 162.

⁴²¹ Vgl. Osterheld, 1992, S. 162.

ausstehende Verbindlichkeiten auf andere Weise abgegolten und neue Vereinbarungen nicht geschlossen würden⁴²².

Der Koalitionspartner FDP warnte vor der Anwendung der Hallstein-Doktrin, da der Besuch Ulbrichts nicht mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur DDR gleichzusetzen sei. Die Freien Demokraten sprachen sich für eine Fortentwicklung der Hallstein-Doktrin aus, indem sie forderten, daß sich jeder arabische Staat zwischen der frei gewählten Regierung der Bundesrepublik und dem Ulbricht-Regime als Vertreter des „Neokolonialismus auf deutschem Boden“ frei entscheiden könne. Sie war der Auffassung, daß sich die deutsche Außenpolitik in den Ländern Afrikas und Asiens nicht darauf beschränken dürfe, die Aufwertung Ost-Berlins zu verhindern. Die Bundesrepublik müßte durch Fortentwicklung der Hallstein-Doktrin ihre Handlungsfreiheit sichern und die „Immobilität der Außenpolitik“ überwinden⁴²³. In der Deutschlandpolitik herrschte allerdings allgemein die Auffassung, daß diese durch die Aufrechterhaltung der Hallstein-Doktrin glaubhaft bleiben müsse⁴²⁴.

Der damalige Konsultsreferent Heinz Fiedler hebt in einem Interview mit der Autorin hervor: „Bundeskanzler Erhard reagierte nach mühsamer kontroverser Entscheidungsfindung in Bonn mit der Erklärung vom 7. März 1965. Kern der Erklärung war, daß darin unerklärlicherweise der Alleinvertretungsanspruch auf Staatsbesuche ausgedehnt wurde (was die Hallstein-Doktrin gar nicht zwingend vorsah) sowie die geplante Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel. Damit wurden die Beziehungen zu Israel in den Vordergrund gerückt und nicht mehr die Deutschlandfrage. Uns in der Botschaft war klar, daß damit Nasser und alle Araber gegen uns in eine Front gezwungen wurden. Die weitgehende Abwesenheit der Bundesrepublik in der arabischen Welt, die Folge sein mußte, konnte weder im deutschen noch im israelischen Interesse liegen.“⁴²⁵

Die Bedeutung des Alleinvertretungsanspruches hatte für die Entscheidungsträger Priorität und so mußten sie auf den Ulbricht-Besuch reagieren, um in der Deutschlandpolitik glaubhaft bleiben zu können. Die Entscheidungsträger befanden sich in einem Dilemma. Während Bonn der Auffassung war, daß ein Abweichen von der Hallstein-Doktrin zugunsten der deutschen Nahostpolitik die Glaubwürdigkeit der Doktrin verletzen würde, hätte deren flexiblere Handhabung die bundesdeutsche Politik im Nahen Osten weniger erpreßbar und handlungs-

⁴²² Vgl. AAPD, 1965, Dok. 77. „Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem ägyptischen Botschafter Mansour“, S. 316-321.

⁴²³ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 24. 2.1965. „FDP: Hallstein-Doktrin fortentwickeln“.

⁴²⁴ Vgl. Osterheld, 1992, S. 161-162.

⁴²⁵ Interview mit Heinz Fiedler, Botschafter a.D. am 7.4. 2000.

fähiger gemacht. Das Einbeziehen der Hallstein-Doktrin war nach Ansicht der Botschaft in Kairo ein substantieller diplomatischer Fehler⁴²⁶.

Die Anwendung der Hallstein-Doktrin war jedoch insofern erfolgreich, als daß Ägypten die DDR nicht anerkannte. Der Abbruch der Beziehungen mußte von deutscher Seite nicht vollzogen werden, und beiden Seiten gelang es, ihr Gesicht zu wahren.

IV.3.2 Der „Vergangenheitsfaktor“

Das deutsch-israelische Verhältnis war durch die nationalsozialistische Vergangenheit der Bundesrepublik und die geplante Einstellung der Waffenlieferungen belastet. In einem Gespräch zwischen dem Bundespräsidenten und dem Leiter der Israel-Mission Shinnar, wurde am 11. Februar 1965 auf das besondere Verhältnis Deutschlands zu Israel hingewiesen, und darauf daß „[...] die geduldige Arbeit seiner Mission, die von jeher auf eine deutsch-israelische Versöhnung gerichtet war, ebenfalls gefährdet ist, wenn der Zusammenbruch mit unseren Waffenlieferungen an Israel erfolgt. Durch das vorzeitige Scheitern unserer Deutschlandpolitik würde auch das Opfer sinnlos werden, das wir gegenüber Israel durch Verzicht auf die von uns erwünschte Herstellung diplomatischer Beziehungen auf uns genommen haben. Das deutsche Bestreben, in gütlicher Zusammenarbeit mit der israelischen Regierung zu einer einvernehmlichen Lösung der gegenwärtigen Krise zu gelangen, liegt daher auch im wohlverstandenen Interesse des israelischen Staates.“⁴²⁷

Die für viele, insbesondere für ausländische Beobachter, unverständliche Nachlässigkeit bei der Verfolgung von Naziverbrechen, die unübersehbare Tatsache, daß weiterhin frühere Nazis bis in die Regierungsspitze Ämter bekleideten, antisemitistische Schmierereien und Zwischenfälle im Jahre 1959 sowie die Verjährungsdebatte in den Jahren 1960 und 1964, drohten Adenauers Rehabilitierungspolitik in Frage zu stellen⁴²⁸. Der innenpolitische Aspekt des „Vergangenheitsfaktors“ wurde zu einem bedeutenden Instrument, und somit wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel als wichtige Komponente in der deutschen Außenpolitik.

⁴²⁶ Interview mit Heinz Fiedler, Botschafter a.D. am 7.4. 2000.

⁴²⁷ PA/AA. Ref. IB4. 11.2.1965. „Betr.: Gespräch des Herrn Bundespräsidenten mit Botschafter Shinnar; hier: Sprechzettel.“

⁴²⁸ Vgl. Büttner u. Hünseler, 1981, S. 121.

Der deutsche Diplomat Paul Frank, der Birrenbach während seiner Israel-Mission zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen begleitete, schreibt in seinen Memoiren: „Die Regierungen Konrad Adenauers, Ludwig Erhards und Kurt Georg Kiesingers empfanden die Existenz von Sonderbeziehungen nicht als Bürde für die deutsche Außenpolitik. Konrad Adenauer mag geglaubt haben, daß die pauschale Zahlung von drei Milliarden DM, die mit Ben Gurion vereinbart worden war, genüge. Ludwig Erhard wollte in keiner Weise hinter seinem Amtsvorgänger zurückstehen, mit dem er genug Schwierigkeiten in anderen Fragen gehabt hatte. Er war es dann auch, der für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel den Abbruch der Beziehungen mit den meisten arabischen Staaten in Kauf nahm. Er drängte zu dieser Entscheidung, obwohl sich sein Außenminister diskret zurückhielt und ihn gewähren ließ.“⁴²⁹

Am 7. April 1965 hob der Abgeordnete Birrenbach in einem Fernschreiben, das er aus Jerusalem an Bundeskanzler Erhard sandte, hervor, daß der israelische Ministerpräsident Eshkol erklärt hatte, daß die Bundesrepublik angesichts ihrer moralischen Verpflichtungen sich nicht einfach aus dem Waffengeschäft lösen dürfe, jedenfalls so lange nicht, bis Israel einen Ersatzlieferanten gefunden hätte⁴³⁰. Auch hier wird die moralische Verpflichtung besonders deutlich, die von Israel als Druckmittel verwendet wurde.

Die Bedeutung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel hebt auch der damalige Regierungssprecher von Hase hervor. Er erinnert sich, daß bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel aufgrund von Deutschlands Vergangenheit sowie der externe Einfluß, insbesondere dem der USA, im Vordergrund stand. Die Bundesregierung nahm den Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die arabischen Staaten billigend in Kauf⁴³¹.

Der „Vergangenheitsfaktor“ ließ nichts anderes zu, als sich im Konfliktfalle auf die Seite Israels zu schlagen. Bis zur Unterzeichnung des deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommens am 10. September 1952 hatte die Existenz Israels für die bundesdeutsche Nahostpolitik keine wesentliche Rolle gespielt⁴³². Dies änderte sich jedoch radikal mit der Unterzeichnung. Das In-Kraft-Treten sollte unter anderem dazu dienen, die schnelle Westintegration der Bundesrepublik nicht zu

⁴²⁹ Frank, 1981, S. 254.

⁴³⁰ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 167. „Abgeordneter Birrenbach z.Z. Jerusalem, an Bundeskanzler Erhard“, S. 663-670.

⁴³¹ Interview mit dem damaligen Bundespressesprecher Karl Günther von Hase am 19.1.2000.

⁴³² Vgl. Berggötz, 1998, S. 432.

gefährden⁴³³. Die Israel-Politik der Bundesrepublik war für den Abbruch der Beziehungen ausschlaggebend. Der „Vergangenheitsfaktor“ spielte in der Aufnahme der Beziehungen zu Israel eine bedeutende Rolle und steht im Zusammenhang mit dem Einfluß der USA, der in Kapitel IV.5, anhand der externen Einflüsse eingehender untersucht wird und für den konkreten Zeitpunkt der Aufnahme bestimmend war.

IV.3.3 Die Öffentliche Meinung und die Medien

Die Untersuchung der Rolle der öffentlichen Meinung und der Medien weist Probleme in ihrer empirischen Anwendung auf, da die Aufarbeitung des Bezugsfeldes zwischen der öffentlichen Meinung, den Medien und der Außenpolitik schwierig zu bearbeiten ist. Zur Vervollständigung der Analyse wird untersucht ob die Medien und die Öffentliche Meinung Einfluß auf politische Entscheidungen nahmen.

Rudzio hebt hervor, daß sich aktive Parteimitglieder über die Massenmedien informieren und parteiinterne Kanäle nur eine zweitrangige Rolle spielen⁴³⁴. Die Tatsache, daß Entscheidungsträger die Medien im Rahmen eines außenpolitischen Entscheidungsprozesses beeinflussen, belegt eine detaillierte Auswertung von internationalen Presseberichten des Politischen Archivs im Auswärtigen Amt. Die Auswertung der Presse im Gastland gehört zu einer ständigen Aufgabe deutscher Vertretungen, um eine Einschätzung der Lage zu erhalten.

Im konkreten Fall wurde zunächst versucht, den Stellenwert der „deutschen Nahostkrise“ in den Medien möglichst gering zu halten. Während einer Kabinettsitzung am 27. Januar 1965 herrschte Übereinstimmung darin, daß der Besuch Ulbrichts in der Öffentlichkeit heruntergespielt werden sollte⁴³⁵. Dieses Vorhaben gelang jedoch nicht, da in der deutschen Presse sofortige Maßnahmen gegen den Ulbricht-Besuch weitläufig diskutiert wurden⁴³⁶. Da Ulbricht mit seiner Einladung nach Kairo prahlte, war es für die Bundesregierung schwierig, die Fakten vor der Presse abzuschirmen⁴³⁷. Die Presse könnte dazu beigetragen haben, daß sich die Entscheidungsträger durch die Anteilnahme der Öffentlichkeit an der Nahostkrise gezwungen fühlten, auf den Besuch zu reagieren.

⁴³³ Vgl. Büttner u. Scheffler, 1982, S. 141.

⁴³⁴ Vgl. Rudzio, 1996, S. 459.

⁴³⁵ Vgl. Osterheld, 1992, S. 153.

⁴³⁶ Vgl. Abediseid, 1976, S. 192-194.

⁴³⁷ Interview mit damaligen Bundespressesprecher Karl-Günther von Hase am 19.1.2000.

Wie der damalige Bundespressesprecher Karl-Günther von Hase in einem Interview der Autorin mitteilte, kritisierte die allgemeine deutsche Medienlandschaft die Hallstein-Doktrin und sprach sich im allgemeinen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel aus. Hase hebt hervor, daß die Medien im Entscheidungsprozeß eine Rolle gespielt haben, ihr Einfluß jedoch, im Vergleich zur heutigen Zeit, viel geringfügiger war⁴³⁸.

Bei einer Untersuchung muß hervorgehoben werden, daß bundesrepublikanische Entscheidungsträger versuchten, die Medien für sich zu instrumentalisieren. So geht aus einem Fernschreiben aus Kairo Ende März 1965 hervor, daß internationale Agenturen (Reuters, UPI und AP) als Verbreitungsmittel des deutschen Standpunktes verwendet werden sollten. Ägypten mußte sich aus finanziellen Gründen fast ausschließlich auf Agenturberichte verlassen, da es keine eigenen ständigen Auslandskorrespondentenbüros unterhielt. Die deutsche Vertretung in Kairo schlug in einem Fernschreiben vor, daß die „Deutsche Welle“ in ihren Sendungen detailliert über die Entwicklung der deutsch-arabischen Krise berichten sollte⁴³⁹.

Im allgemeinen stellt sich die Frage, ob der Nahe Osten Mitte der sechziger Jahre in der öffentlichen Meinung thematisiert wurde. Da in diesem Zeitraum nur indirekte Meinungsumfragen im Zusammenhang mit der „deutschen Nahostkrise“ durchgeführt wurden ist, wird versucht, auf dieser Basis Vermutungen aufzustellen.

Eine Allensbach-Umfrage im Januar 1965, also vor Ausbruch der deutsch-arabischen Krise, ergab, daß 70% der Bevölkerung die Bedeutung der Hallstein-Doktrin kannten. Davon waren 48% für den Abbruch der Beziehungen zu einem Staat, der die DDR anerkannte, 27% waren dagegen und 25% enthielten sich⁴⁴⁰. Eine Vielzahl der Politiker, Angehörige aller drei großen Volksparteien sowie auch die Mehrheit der Medien sprachen sich jedoch für eine flexible Hallstein-Doktrin aus⁴⁴¹.

Anfang März 1965 machte sich auch der Ruf nach klaren Entscheidungen des Bundeskanzlers in der Presse breit. So äußerte Bundespressesprecher von Hase auf einer Kabinettsitzung „[...] daß wir uns in der schwersten Krise seit Bestehen der Bundesrepublik befänden. Die arabischen Länder seien gegen uns, aber auch wichtige jüdische Kreise, und im In- und Ausland hätten wir eine sehr schlechte

⁴³⁸ Interview mit damaligen Bundespressesprecher Karl-Günther von Hase am 19.1.2000

⁴³⁹ Vgl. PA/AA. Ref. IB4. 23.3.1965. „Fernschreiben aus Kairo. Gez. Müller.“

⁴⁴⁰ Vgl. End, 1973, S. 67.

⁴⁴¹ Vgl. Osterheld, 1992, S. 174.

Presse.“⁴⁴² Der Hauptpunkt der Kritik lag in der mangelnden Flexibilität der Regierung Erhard. Pressestimmen kritisierten den Kanzler und forderten den Rücktritt beziehungsweise die Entlassung Schröders. Meinungsumfragen zufolge fiel Erhards Beliebtheit durch seine allgemeine Unentschlossenheit stark ab. Die entscheidungsschwache Haltung des Bundeskanzlers zu Beginn der deutsch-ägyptischen Krise bestätigte dieses Bild. Am Vorabend des 7. März 1965 wurde Bundeskanzler Erhard, von den aus den USA zurückgekehrten Unionspolitikern Barzel und Strauß „bestürmt“, am nächsten Tag die geplante Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel bekanntzugeben. Die negative Berichterstattung der Medien wurde in dem Gespräch als Argument gegen Erhard verwendet. Damit nötigten sie den Bundeskanzler in der deutsch-ägyptischen Krise mit der Nahosterklärung ein Zeichen zu setzen⁴⁴³. Demzufolge berücksichtigte das Entscheidungszentrum um den Bundeskanzler die Öffentliche Meinung als eine entscheidungsrelevante Komponente. Deutlich muß jedoch hervorgehoben werden, daß Barzel und Strauß daran gelegen war, Erhard davon zu überzeugen, eine sofortige Entscheidung zu treffen.

Die negative Berichterstattung der Medien am Abend vor Bekanntgabe der Nahosterklärung ist der einzige Nachweis, in dem die Einbeziehung der Öffentlichen Meinung durch die Entscheidungsträger sichtbar wird. Der Einfluß der Medien auf die Entscheidungsträger ist empirisch schwer zu belegen.

⁴⁴² Osterheld, 1992, S. 158.

⁴⁴³ Vgl. Osterheld, 1992, S. 168.